

**Abwägungstabelle zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19 für das Gewerbegebiet „Rother Straße“  
mit integriertem Grünordnungsplan sowie  
zur 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Herrieden  
Behandlung, der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
<b>Einwände</b>			
1	Staatliches Bauamt Ansbach 14.01.209	<p><b><i>Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes.</i></b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Das geplante Gewerbegebiet liegt unmittelbar an der vom Staatlichen Bauamt Ansbach betreuten Staatsstraße 2249.</li> <li>2. Im Bereich der Staatsstraße wird ein Kreisverkehr (KVP) neu angelegt. Eine entsprechende Detailplanung ist mit dem Staatlichen Bauamt abzustimmen. Für den KVP ist mit dem Staatlichen Bauamt vor Beginn der Bauarbeiten eine Vereinbarung abzuschließen, die den Bau, die Kostentragung sowie die Ablösekosten regelt. Die gesamten Kosten für diese Maßnahme sind von der Firma Schüller zu tragen, ebenso die anfallenden Ablösekosten für die Unterhaltungsmehraufwendungen durch den KVP (Art. 14 Abs. 4 BayStrWG). Die notwendigen Flächen sind vorzusehen und bei der Planung zu berücksichtigen.</li> <li>3. Weitere neue Zufahrten oder Zugänge außerhalb geschlossener Ortschaften entlang der Staatsstraße 2249 dürfen nicht angelegt werden.</li> </ol> <p><b><i>Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Rechnung, die im Regelfall in der Abwägung nicht überwunden werden können (z. B. Landschafts- oder Wasserschutzgebietsverordnungen)</i></b></p> <p><u>Einwendungen</u></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Aus den Planunterlagen sind detaillierte Einzelheiten des geplanten Parkhauses (Werbung, Fassadengestaltung usw.) bzw. der nördlichen Parkhausausfahrt (Aufstelllängen, Schrankenanlage, Beschilderung</li> </ol>	<p>Die Planung wird mit dem Staatlichen Bauamt abgestimmt. Der Abschluss der geforderten Vereinbarung ist bereits beantragt. Die erforderlichen Unterlagen liegen vor.</p> <p>Es sind keine zusätzlichen Zufahrten oder Zugänge, außer die im Bebauungsplan dargestellten, zur Staatsstraße geplant.</p>

**Abwägungstabelle zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19 für das Gewerbegebiet „Rother Straße“  
mit integriertem Grünordnungsplan sowie  
zur 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Herrieden  
Behandlung, der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>usw.) nicht ersichtlich.</p> <p><b>Rechtsgrundlagen</b> Bayerisches Straßen- und Wegegesetz Bay. Naturschutzgesetz</p> <p><b>Möglichkeiten der Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)</b></p> <p>zu 1: Diese Punkte sind mit dem Staatlichen Bauamt im Detail abzuklären. Für die Anlage der nördlichen Parkhausausfahrt bedarf es einer Sondernutzungserlaubnis. Diese kann im Zuge des Baugesuches ausgestellt werden. Daher ist das Staatliche Bauamt im eigenständigen Bauantragsverfahren nochmals zu beteiligen.</p> <p><u>Landschaftspflegerische Maßnahmen:</u> Der Straßenbaulastträger ist nicht verpflichtet, Bepflanzungen an bereits bestehenden Straßen aufgrund von Festlegungen im Bebauungsplan / Grünordnungsplan durchzuführen.</p> <p>Bestehende Grünbestände an in der Verwaltung des Staatlichen Bauamtes befindlichen Straßen dürfen durch geplante Maßnahmen des Bebauungsplanes / Grünordnungsplanes nur im Einvernehmen mit dem Staatlichen Bauamt beeinträchtigt werden und sind gemäß RAS LP 4 bzw. DIN 18920 zu schützen.</p> <p>Werden Pflanzungen oder Bäume an bereits bestehenden, in der Verwaltung des Staatlichen Bauamtes Ansbach befindlichen Straßen außerhalb des Straßengrundstückes geplant, darf dies nur im Einvernehmen mit dem Staatlichen Bauamt erfolgen. Die Abstandsgrenzen nach</p>	<p>Die nördliche Ausfahrt des Parkhauses wird im Detail mit dem Staatlichen Bauamt abgestimmt. Die Sondernutzungserlaubnis wird im Bauantragsverfahren beantragt.</p> <p>Landschaftspflegerische Maßnahmen werden in Abstimmung mit dem Staatlichen Bauamt vom Investor ausgeführt.</p>

**Abwägungstabelle zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19 für das Gewerbegebiet „Rother Straße“  
mit integriertem Grünordnungsplan sowie  
zur 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Herrieden  
Behandlung, der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>BGB sind einzuhalten. Vom Rand der Fahrbahn ist grundsätzlich ein Mindestabstand von 8,0 m einzuhalten. Sichtdreiecke sind immer freizuhalten.</p> <p>Um Übermittlung einer Kopie der Abwägung der o. g. Punkte sowie einer Kopie des rechtsgültigen Bebauungsplanes (Satzung mit Plan) wird gebeten. Die Unterlagen können auch digital als pdf an poststelle@stbaan.bayern.de übermittelt werden.</p>	
<b>Hinweise</b>			
1	Telekom Technik GmbH 10.01.2019	<p><b>17. Änderung des Flächennutzungsplanes</b></p> <p>Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Zu o. a. Planung haben wir bereits mit Schreiben W79929408, Vanessa Büchl vom 30.08.2018 Stellung genommen.</p> <p>Bei Planungsänderungen bitten wir um erneute Beteiligung.</p>	
	Stellungnahme vom 30.08.2018	<p><b>17. Änderung des Flächennutzungsplanes</b></p> <p>Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG hat</p>	

**Abwägungstabelle zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19 für das Gewerbegebiet „Rother Straße“  
mit integriertem Grünordnungsplan sowie  
zur 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Herrieden  
Behandlung, der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Im betroffenen Plangebiet sind Telekommunikationslinien der Telekom vorhanden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass diese Telekommunikationslinien in ihrem Bestand und in ihrem weiteren Betrieb gefährdet sind.</p> <p>Sollte der weitere Verfahrensverlauf ergeben, dass Belange der Telekom - z. B. das Eigentum der Telekom, die ungestörte Nutzung ihres Netzes sowie ihre Vermögensinteressen - konkret berührt sind, behalten wir uns vor, unsere Interessen wahrzunehmen und entsprechend auf das Verfahren einzuwirken. Aus diesem Grunde bitten wir Sie um Beteiligung bei den weiteren Planungen.</p> <p>Wir bitten Sie, die Ihnen überlassenen Planunterlagen nur für interne Zwecke zu benutzen und nicht an Dritte weiterzugeben.</p> <p>Wir werden zu dem Bebauungsplan Nr. 19 für das Gewerbegebiet "Rother Straße" noch detaillierte Stellungnahme abgeben.</p> <p>Bei Planungsänderungen bitten wir um erneute Beteiligung</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und beachtet.
	<b>Telekom Technik GmbH</b> 22.01.2019	<p><b>Bebauungsplan Nr. 19</b></p> <p>die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) – als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG – hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderli-</p>	

**Abwägungstabelle zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19 für das Gewerbegebiet „Rother Straße“  
mit integriertem Grünordnungsplan sowie  
zur 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Herrieden  
Behandlung, der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>chen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Zur o. a. Planung haben wir bereits mit Schreiben W80363773, PTI 13, PB L 2 Neubau, Lorena Zeus vom 18.09.2018 genommen. Diese Stellungnahme gilt unverändert weiter</p> <p>Bei Planungsänderung bitten wir Sie uns erneut rechtzeitig zu beteiligen.</p>	
	Stellungnahme vom 18.09.2018	<p><b>Bebauungsplan Nr. 19</b></p> <p>die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, die aus beigefügtem Plan ersichtlich sind.</p> <p>Wir bitten Sie, die Ihnen überlassene(n) Planunterlage(n) nur für interne Zwecke zu benutzen und nicht an Dritte weiterzugeben.</p> <p>Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen TK-Linien müssen weiterhin gewährleistet bleiben:</p> <p>Wir bitten, die Verkehrswege so an die vorhandenen umfangreichen Telekommunikationslinien der Telekom anzupassen, dass diese Telekommunikationslinien nicht verändert oder verlegt werden müssen.</p>	Durch die geplante Überbauung und die damit verbundene Stilllegung der "Rother Straße" müssen die best. Telekommunikationslinien voraussichtlich ver-

Seite 6 | 24

**Abwägungstabelle zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19 für das Gewerbegebiet „Rother Straße“  
mit integriertem Grünordnungsplan sowie  
zur 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Herrieden  
Behandlung, der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		Bei Planungsänderungen bitten wir Sie uns erneut rechtzeitig zu beteiligen.	<i>maßnahmen einzuhalten.</i>
2	<b>Landratsamt Ansbach</b> 22.01.2019	<p>Das Landratsamt Ansbach nimmt zu den obengenannten Verfahren Stellung und teilt Folgendes mit:</p> <p><u>Her Müller – Kreisbrandrat – Sachgebiet 31:</u> Beiliegende Stellungnahme zu beachten.</p> <p><u>Herr Schiller – Wasserrecht – Sachgebiet 43:</u> Wir weisen auf die rechtzeitige Beantragung der wasserrechtlichen Verfahren hin.</p> <p>Alle weiteren am Verfahren beteiligten Sachgebiete haben die übersandten Unterlagen ohne Anmerkungen zur Kenntnis genommen.</p> <p>Nach Durchsicht der Unterlagen werden aus Sicht des abwehrenden Brandschutzes die folgenden Feststellungen gemacht.</p> <p><b><u>Löschwasserversorgung</u></b> Der vorzuhaltende notwendige Löschwasserbedarf für den oben genannten Bereich ist gemäß der geplanten baulichen Nutzung zu bemessen. Als Planungsgröße kann hierzu das Arbeitsblatt W 405 des deutschen Vereines des Gas- und Wasserfaches e. V. (DVGW) herangezogen werden</p> <p>Die erforderliche Löschwassermenge ist in der maximalen Entfernung von 300 Metern über geeignete Löschwasserentnahmestellen zur Verfügung zu stellen. Als Löschwasserentnahmestellen können Unter- oder</p>	<p>Die erforderlichen wasserrechtlichen Verfahren werden erstellt und dem Landratsamt zur Genehmigung vorgelegt.</p> <p>Zur Deckung des Löschwasserbedarfs sind bereits zwei unabhängige Wasseranschlüsse aus dem Ortsnetz vorhanden. Die Löschwasserversorgung wird durch die Erweiterung des werksinternen Löschwassernetzes gewährleistet. Zusätzlich befindet sich am südlichen Rand des Werksgeländes ein Löschwasserbecken mit einem Volumen von ca. 2.000 m³. Zusammen mit geplanten Ober-, und Un-</p>

**Abwägungstabelle zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19 für das Gewerbegebiet „Rother Straße“  
mit integriertem Grünordnungsplan sowie  
zur 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Herrieden  
Behandlung, der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>Überflurhydranten nach DIN 3221, unterirdische Löschwasserbehälter nach DIN 14230 oder auch Löschwasserteiche nach DIN 14210 angesehen werden. Für den Ersteingriff/- Einsatz sind grundsätzlich Unter- oder Überflurhydranten aus der öffentlichen Löschwasserversorgung anzusetzen. Hierbei sind für eine Löschgruppe mindestens 800 Liter/min sicherzustellen.</p> <p>Unter Bezugnahme des auf den Einsatzfahrzeugen der Feuerwehr mitgeführten Schlauchmaterials ist mindestens eine geeignete Löschwasserentnahme zu den einzelnen Objekten im geplanten Gebiet in maximal 100 Metern erforderlich um das Wasser zum Einsatzfahrzeug heranzuführen und nach Druckerhöhung an die Einsatzstelle zu verteilen.</p> <p><b><u>Sicherstellung des zweiten Rettungsweges</u></b></p> <p>Da die zulässige Bebauung in Teilbereichen durchaus die in der Regel zweigeschossige Bebauung überschreiten kann, die Feuerwehren der Stadt Herrieden über Hubrettungsfahrzeug verfügen, ist die Sicherstellung des zweiten Rettungsweges über Rettungsmittel der Feuerwehren in der Ausnahme möglich. Bei Gebäuden deren Anleithöhe 8 Meter über Gelände überschreitet (Fußbodenhöhe oberste Nutzungseinheit größer 7 Meter) ist zwingend eine zweite notwendige Treppe gemäß den Vorgaben der Bayrischen Bauordnung oder ein Sicherheitstreppenhaus erforderlich. Sofern darüber hinaus die Befahrbarkeit der privaten Grundstücke sowie eine Aufstellfläche für Feuerwehrfahrzeuge erforderlich werden, sind diese Flächen gemäß DIN 14090 –Flächen für die Feuerwehr auf Grundstücken auszubilden.</p>	<p>terflurhydranten in regelmäßigen Abständen, kleiner 200 m ist die Löschwasserversorgung gewährleistet.</p> <p>Für jedes Gebäude wird im Rahmen des Bauantrages ein Brandschutzgutachten erstellt, das die einschlägigen Vorschriften berücksichtigt.</p>
3	<b>Main-Donau-Netzgesellschaft</b> 28.01.2019	Von der oben genannten Benachrichtigung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zur 17. Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung des Bau-	



**Abwägungstabelle zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19 für das Gewerbegebiet „Rother Straße“  
mit integriertem Grünordnungsplan sowie  
zur 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Herrieden  
Behandlung, der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>ungsplanes Nr. 19 der Stadt Herrieden haben wir Kenntnis genommen.</p> <p>Unsere Stellungnahme vom 14. September 2018, AZ: ARB02201825330 und ARB02201825331, behält weiterhin Gültigkeit.</p>	
	Stellungnahme vom 14.09.2018	<p>In der Anlage erhalten Sie Bestandspläne der MDN Main-Donau Netzgesellschaft mbH, ein Unternehmen der N-ERGIE Aktiengesellschaft, und der von uns gegebenenfalls im Rahmen einer Betriebsführung mitbetreuten Versorgungsanlagen im oben genannten Bereich.</p> <p>Die Bestandspläne enthalten Anlagen der Main-Donau Netzgesellschaft und besitzen nur informellen Charakter.</p> <p>Zusätzlich zu den auf den überlassenen Plänen bekannt gegebenen Anlagen können sich vor Ort weitere im Eigentum Dritter stehende Anlagen - insbesondere Kabel, Rohre oder Leitungen zum Anschluss von Erneuerbaren Energieanlagen - befinden, für die wir nicht zuständig sind. Über diese können wir keine Auskunft geben und diese sind deshalb auch nicht im Planwerk dokumentiert. Hierfür ist der jeweilige Anlagenbetreiber zuständig.</p> <p>Aufgrund der geplanten Maßnahmen müssen teilweise die vorhandenen Stromleitungen umgelegt werden.</p> <p>Die Versorgung des Baugebietes mit Strom kann, nach entsprechender Netzerweiterung, ausgehend vom bestehenden Versorgungsnetz sichergestellt werden.</p> <p>Eine Versorgung des Gebietes mit Erdgas ist grundsätzlich möglich. Voraussetzung ist eine Vereinbarung der Kostenübernahme mit dem Er-</p>	<p>Die erforderliche Verlegung der Stromleitung ist bekannt. Die Abstimmungen erfolgen im Rahmen der Erschließungsplanung.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>

**Abwägungstabelle zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19 für das Gewerbegebiet „Rother Straße“  
mit integriertem Grünordnungsplan sowie  
zur 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Herrieden  
Behandlung, der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>schließungsträger.</p> <p>Sind keine Gehwege geplant, wird ein Versorgungstreifen von ca. 1,00 m Breite empfohlen.</p> <p>Zwischen geplanten Baumstandorten und Versorgungsleitungen, ist nach dem DVGW Regelwerk, Arbeitsblatt GW 125 "Baumpflanzungen im Bereich unterirdischer Versorgungsleitungen" ein Abstand von 2,50 m einzuhalten. Wir bitten Sie, dies bei Ihrem Planungsvorhaben zu berücksichtigen.</p> <p>Wir bitten Sie die oben genannten Punkte in den Erläuterungsbericht mit aufzunehmen und zu veranlassen, dass wir bei allen öffentlichen und privaten Planungen und Bauvorhaben wie z.B. Straßen- und Kanalbauarbeiten, Baumpflanzungen etc. rechtzeitig in den Verfahrensablauf eingebunden werden.</p>	
4	<b>Wasserwirtschaftsamt Ansbach</b> 30.01.2019	<p>zu o.g. Vorhaben erhalten Sie nachfolgend unsere Stellungnahme.</p> <p>Mit dem Vorhaben besteht aus unserer Sicht Einverständnis.</p> <p><i>Ziele der Raumordnung und Landesplanung, die eine Anpassungspflicht nach § 1 Abs. 4 BauGB auslösen:</i> ---</p> <p><i>Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o.g. Plan betreffen können mit Angabe des Sachstandes:</i> ---</p> <p><i>Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall in der Abwägung nicht überwunden werden können:</i></p>	

**Abwägungstabelle zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19 für das Gewerbegebiet „Rother Straße“  
mit integriertem Grünordnungsplan sowie  
zur 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Herrieden  
Behandlung, der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>---</p> <p><i>Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen:</i></p> <p>Abwasserbeseitigung (§§ 48 und 54 ff. WHG) Gemäß den vorliegenden Planunterlagen erfolgt die Entwässerung im Trennsystem. Wir weisen grundsätzlich darauf hin, dass für die Einleitung des gesamten Niederschlagswassers in ein oberirdisches Gewässer sowie für die Einleitung in das Grundwasser (Versickerung) ein wasserrechtliches Erlaubnisverfahren erforderlich ist. Dafür ist ggf. eine Entwässerungsplanung unter Berücksichtigung des Technischen Regelwerkes DWA-M-153 und DWA-A-117 bzw. DWA-A-138 zu erstellen und beim Landratsamt als Wasserrechtsbehörde einzureichen ist.</p> <p>Wasserversorgung Bei der Erschließung/Änderung der Nutzung des Gebiets ist darauf zu achten, dass jederzeit genügend Trink-, Betriebs- und Löschwasser in ausreichender Qualität, Quantität und ausreichendem Druck zur Verfügung steht. Die einschlägigen DVGW Arbeits- bzw. Merkblätter sind zu beachten.</p> <p>Grundwasser und Grundwasserflurabstand / Grundwasser- und Bodenschutz Amtliche Grundwasserstände sind im Bereich des Bebauungsplanes nicht bekannt. Sollte bei der Erschließung und Bebauung Grundwasser angeschnitten werden, so ist bereits für nur eine vorübergehende Ableitung eine wasserrechtliche Erlaubnis zu beantragen. Das ständige Ableiten von Grund- und Quellwasser über das Kanalnetz ist verboten. Dies muss im Interesse des Betriebs der Kläranlage sowie zur Vermeidung einer erhöhten Abwasserabgabe ausgeschlossen werden</p>	<p>Es wird eine Entwässerungsplanung unter Beachtung des technischen Regelwerkes erstellt und dem Landratsamt zur Genehmigung vorgelegt.</p> <p>Siehe Stellungnahme Landratsamt SG 31, Löschwasserversorgung</p> <p>Im Zuge der Baumaßnahmen wird eine temporäre Grundwasserabsenkung erforderlich sein. Eine wasserrechtliche Genehmigung zur Grundwasserabsenkung wird rechtzeitig vor Baubeginn beantragt.</p>

**Abwägungstabelle zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19 für das Gewerbegebiet „Rother Straße“  
mit integriertem Grünordnungsplan sowie  
zur 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Herrieden  
Behandlung, der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>Ein bestehendes Wasserschutzgebiet ist durch die Maßnahme nicht betroffen.</p> <p>Oberirdische Gewässer Überschwemmungsgebiete an oberirdischen Gewässern/ Schutz vor Hochwasser (§§ 76 ff. WHG, Art. 43 ff. BayWG, § 1 Abs. 6 Nr. 12, § 5 Abs. 4a und § 9 Abs. 6a BauGB) Durch das Vorhaben sind drei Gewässer betroffen: 1. Altmühl, Gewässer erster Ordnung 2. Klingengraben, Gewässer dritter Ordnung 3. Ameisengraben, Gewässer dritter Ordnung</p> <p>Altmühl: Das o. g. Vorhaben tangiert das festgesetzte Überschwemmungsgebiet der Altmühl (Festsetzung vom 02.07.2014). Bei der Berechnung der Festsetzung der Altmühl wurde ein Rückstau der Altmühl bei einem gleichzeitig erhöhten Abfluss des Klingengrabens angesetzt. Aufgrund der Änderung der Abflussverhältnisse wird bei höherer Wasserführung der Abfluss des Klingengrabens künftig über den Ameisengraben in die Altmühl geleitet. Hierdurch ergibt sich im Bereich des Klingengrabens eine lokale Reduzierung des Überschwemmungsgebietes womit aus fachlicher Sicht ein Retentionsraumausgleich für die Altmühl nicht erforderlich ist. Eine wasserrechtliche Ausnahmegenehmigung nach § 78 Abs.2 WHG ist gemäß den Antragsunterlagen zu beantragen.</p> <p>Klingengraben /Ameisengraben: Die Abflussverhältnisse des Klingengrabens werden durch das o. g. Vorhaben wesentlich geändert. Bei erhöhter Wasserführung wird der Abfluss in den Ameisengraben geleitet und künftig wird nur noch eine definierte Wassermenge im Klingengraben verbleiben.</p> <p>In einem Teilbereich wird der Klingengraben überbaut. Aus wasserwirtschaftlicher Sicht bedeutet dies zunächst eine lokale Beeinträchtigung für das Gewässer. Sowohl der Ameisengraben als auch der Klingengraben</p>	<p>Die Ausnahmegenehmigung nach § 78 Abs. 2 WHG ist beantragt und liegt den Unterlagen zum Bebauungsplan bei.</p> <p>Die Anmerkungen bzgl. der deutlichen Verbesserung der wasserwirtschaftlichen Gesamtsituation durch die geplanten Maßnahmen decken sich mit den Zielen der Planung.</p>

**Abwägungstabelle zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19 für das Gewerbegebiet „Rother Straße“  
mit integriertem Grünordnungsplan sowie  
zur 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Herrieden  
Behandlung, der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>wurden in den vergangenen Jahrzehnten häufig verlegt. Zwar konnten sich die Gewässer entsprechend den Gegebenheiten entwickeln, jedoch ist der anthropogene Einfluss weiterhin ablesbar. In den Planunterlagen ist die zukünftige Gestaltung des Ameisengrabens angedeutet. Hier ist eine deutliche Verbesserung der wasserwirtschaftlichen Gesamtsituation zu erkennen, sowohl nördlich als auch südlich der Staatsstraße St2249. Im Zusammenhang mit der Naturnahen Umgestaltung der Oberen Altmühl durch das Wasserwirtschaftsamt Ansbach kann die hier vorgestellte Planung dazu beitragen die Altmühl wieder stärker mit ihren Zuläufen zu vernetzen. Gerade der Bereich südlich der Staatstraße und östlich der geplanten Erweiterung des Firmengeländes könnte sich hierbei zu einem sog. „Trittsstein“ entwickelt werden.</p> <p>Durch die wesentliche Änderung der hydraulischen Verhältnisse des Klingen- und des Ameisengrabens ist bezogen auf den Hochwasserabfluss ein 100-jährliches Hochwasser zu untersuchen. Im vorliegenden Fall ist aus fachlicher Sicht eine 2D-Berechnung erforderlich. Für die weitere Planung empfehlen wir eine enge fachliche Abstimmung mit dem Wasserwirtschaftsamt Ansbach.</p> <p>Hierbei ist auch ein Anspringen der Mischwasserentlastungsanlagen RÜB III und IV zu berücksichtigen.</p> <p>Aus wasserwirtschaftlicher Sicht handelt es sich bei der Planung zum Ameisen-/bzw. Klingengraben um einen Gewässerausbau nach § 67 WHG, der im Rahmen eines eigenen wasserrechtlichen Verfahrens zu behandeln ist. Eine rechtliche Würdigung im Rahmen der Bauleitplanung ist aus unserer Sicht nicht möglich. Wir bitten Sie hierbei um weitere Abstimmung mit dem Landratsamt Ansbach.</p> <p>Die in den Planunterlagen aufgeführte Bezeichnung „Hochwasserdamm“ scheint aus fachlicher Sicht irreführend, da es sich, ausgehend von den bislang vorgelegten Unterlagen lediglich um eine Geländemodellierung handelt. Die Bezeichnung ist daher abzuändern.</p>	<p>Die 2D-Berechnungen wurden vom Büro Speker durchgeführt und erfolgen in enger Abstimmung mit dem Wasserwirtschaftsamt.</p> <p>Für den Gewässerausbau "Ameisengraben" und "Klingengraben" wird ein wasserrechtliches Verfahren durchgeführt.</p> <p>Bei dem "Hochwasserdamm" handelt es sich um eine Maßnahme, Hochwasser des Ameisengrabens und Klingengrabens in Richtung der Gewässer zurückzuleiten.</p> <p>Die Bezeichnung wird abgeändert.</p>

**Abwägungstabelle zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19 für das Gewerbegebiet „Rother Straße“  
mit integriertem Grünordnungsplan sowie  
zur 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Herrieden  
Behandlung, der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>Wasserabfluss Der natürliche Ablauf wild abfließenden Wassers darf nicht zum Nachteil eines tiefer liegenden Grundstücks verstärkt oder auf andere Weise verändert werden (§ 37 Abs. 1 WHG).</p> <p>Starkregenereignisse und urbane Sturzfluten Ausgehend von den vorgelegten Plan-/Bestandsunterlagen kann nicht ausgeschlossen werden, dass es infolge von Starkregenereignissen und wild abfließendem Wasser zu einer Beeinträchtigung kommt. Wir verweisen daher auf das DWA-Themenheft „Starkregen und urbane Sturzfluten – Praxisleitfaden zur Überflutungsvorsorge“ vom August 2013. Um den erhöhten Intensitäten und Häufigkeiten von Starkregen durch die Klimaänderung bei der Kanaldimensionierung vorsorgend Rechnung zu tragen, empfehlen wir grundsätzlich, für die Bemessungsabflüsse bei Bedarf die rechnerisch zulässigen Wiederkehrzeiten von Überflutungen angemessen zu erhöhen und verweisen auf das LfU-Merkblatt Nr. 4.3/3 „Bemessung von Misch- und Regenwasserkanälen, Teil 1: Klimawandel und möglicher Anpassungsbedarf“.</p> <p>Altlasten (Altablagerungen und Altstandorte) (§ 2 Abs. 5 BBodSchG), Verdachtsflächen (§ 2 Abs. 4 BBodSchG), Altlastenverdächtige Flächen (§ 2 Abs. 6 BBodSchG): Dem WWA Ansbach liegen - nach interner Überprüfung des Flächenumfangs - keine Informationen über Altlasten bzw. einer schädlichen Bodenveränderung vor. Das Vorhandensein von schädlichen Bodenveränderungen oder Altlasten kann allerdings nicht ausgeschlossen werden. In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf das LfU- Merkblatt „Beprobung von Boden und Bauschutt“.</p> <p>Die Stadt Herrieden sowie das Landratsamt Ansbach – SG 43 – erhalten</p>	<p>Aus dem Werksgelände ist kein wild abfließendes Wasser zu erwarten, da die bebauten Flächen entwässert werden.</p> <p>Die Überflutungsgefahr durch Starkregenereignisse wird durch ausreichend dimensionierte Regenwasserkanäle minimiert. Das LfU- Merkblatt Nr. 4.3/3 wird bei der Bemessung der Regenwasserkanäle beachtet.</p> <p>Die Hinweise bzgl. Altlasten und schädliche Bodenveränderungen werden zur Kenntnis genommen und beachtet.</p>

**Abwägungstabelle zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19 für das Gewerbegebiet „Rother Straße“  
mit integriertem Grünordnungsplan sowie  
zur 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Herrieden  
Behandlung, der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		diese E-Mail in Cc.	
5	<b>Bayerischer Bauernverband</b> 30.01.2019	<p>Mit Schreiben vom 29.12.2019 haben Sie uns erneut die Unterlagen zu den Planungen in der Stadt Herrieden zur Stellungnahme überlassen.</p> <p><b>Aus landwirtschaftlicher Sicht verweisen wir auf unsere bisherige Stellungnahme vom 05.10.2018 und bitten um entsprechende Beachtung.</b></p> <p>Für weitere Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.</p>	
	Stellungnahme vom 05.10.2018	<p>Mit Schreiben vom 20.08.2018 haben Sie uns die Unterlagen zu den Planungen in der Stadt Herrieden zur Stellungnahme überlassen.</p> <p><b>Aus landwirtschaftlicher Sicht möchten wir uns dazu wie folgt äußern:</b></p> <p><b><i>Die Planungen betreffen neben einem enormen Landverbrauch mit weiteren Versiegelungen den sensiblen Einzugsbereich und den Überschwemmungsbereich der Altmühl und sehen zudem eine Verlegung des Ameisengrabens vor.</i></b></p> <p><b><i>Es darf unter keinen Umständen dazu führen, dass sich die Hochwassersituation im Stadtteil Roth und den anderen Altmühlanliegerorten in irgendeiner Form negativ verändert. Zusätzliche Ableitungen von Oberflächenwasser könnten diesen Druck noch verstärken.</i></b></p>	<p>Durch die vorgesehenen Planungen im Rahmen des Bebauungsplanes werden alle wasserwirtschaftlichen Belange nach aktuellem Stand der Technik bearbeitet. Der Überschwemmungsbereich der Altmühl ist von baulichen Anlagen oder Geländeänderungen nicht betroffen und bleibt unverändert. Durch entsprechende Maßnahmen, wie beispielsweise die Erweiterung des RRB's ist eine negative Beeinträchtigung ausgeschlossen. Die aktuellen Planungen werden bei dem Hochwasserschutzkonzept der Stadt Herrieden berücksichtigt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen, nötige Vereinbarungen werden getroffen.</p>

**Abwägungstabelle zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19 für das Gewerbegebiet „Rother Straße“  
mit integriertem Grünordnungsplan sowie  
zur 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Herrieden  
Behandlung, der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>Bei den Flächen handelt es sich um derzeit landw. genutzte Flächen am Stadtrand von Herrieden. Mit den Bewirtschaftern und Eigentümern sind wegen der Restlaufzeit ggf. bestehender Pachtverträge Vereinbarungen zu treffen. Bei einer schrittweisen Erweiterung sollten die landw. Flächen längstmöglich für die Produktion zur Verfügung stehen.</p> <p><b>Emissionen, vor allem Staub, Geruch oder Lärm, die durch eine ordnungsgemäße landwirtschaftliche Nutzung angrenzender Flächen entstehen, sind zu dulden.</b></p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen und beachtet (vgl. d. Hinweise zur Satzung Pkt. 4)</p> <p><i>An den Grenzen des Bebauungsplanes ist hinsichtlich der Pflanzordnung der gesetzlich vorgeschriebene Grenzabstand gegenüber landwirtschaftlichen Nutzflächen zu beachten. Die ordnungsgemäße Bewirtschaftung der benachbarten landwirtschaftlichen Flächen ist uneingeschränkt zu dulden. Von landwirtschaftlichen Flächen ausgehende Staub- und Geruchsimmissionen müssen geduldet werden</i></p>
			<p>Wird zur Kenntnis genommen und beachtet</p>
			<p>Wird zur Kenntnis genommen und beachtet</p>
		<p>Wir weisen rein vorsorglich darauf hin, dass sicherzustellen ist, dass bei erforderlichen Erschließungsmaßnahmen die Zufahrten zu den angrenzenden landwirtschaftlichen Grundstücken uneingeschränkt möglich sein muss. Gleiches gilt für die Funktionsfähigkeit von Drainagen und Vorflutern.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen und beachtet</p>
		<p>Die umfangreichen Ausgleichsmaßnahmen sind mit den jeweiligen Bewirtschaftern und Angrenzern der Flurstücke abzustimmen. Nachteile, die</p>	



**Abwägungstabelle zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19 für das Gewerbegebiet „Rother Straße“  
mit integriertem Grünordnungsplan sowie  
zur 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Herrieden  
Behandlung, der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>durch die Verlegung des Ameisengrabens gleich welcher Art für angrenzende Grundstücke entstehen könnten, sind zu verhindern. Außerdem muss der Pflegeaufwand der Ausgleichsflächen vertraglich gesichert sein.</p> <p>Den Unterlagen ist zu entnehmen, dass z. T. Randbegrünungen sowie im Rahmen der Ausgleichsmaßnahmen Bäume und Hecken eingeplant sind. Um künftige Nachbarschaftsstreitigkeiten zu vermeiden, empfehlen wir als Abstand zwischen Bepflanzungen und angrenzenden landwirtschaftlichen Grundstücken 4 Meter einzuhalten.</p>	
<b>Keine Einwände</b>			
1	<b>Bund Naturschutz Ortsgruppe Herrieden</b> 22.01.2019	<p>Wir danken für die uns zugegangenen Unterlagen.</p> <p>Da eine neue Stellungnahme unsererseits nicht abgegeben wird, verweisen wir auf unsere vorherige Stellungnahme.</p>	Nach telefonischer Rücksprache am 24.01.2019 werden keine Einwände erhoben.
2	<b>Fernwasserversorgung Franken</b> 16.01.2019	<p>Die Überprüfung ihrer Anfrage hat ergeben, dass im Bereich der geplanten Baumaßnahme, Herrieden - Bebauungsplan "Rother Straße", keine Berührungspunkte mit in Betrieb befindlichen Anlagen der Fernwasserversorgung Franken bestehen.</p> <p>Stillgelegte Versorgungseinrichtungen sind in den Plänen unter Umständen nicht dargestellt, können in der Örtlichkeit jedoch vorhanden sein.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass in diesem Bereich unterirdische Anlagen anderer Versorgungsunternehmen liegen können. Bitte wenden Sie sich an die zuständige Gemeindeverwaltung, um darüber weitere Informationen zu erhalten.</p> <p>Zu unserer Entlastung legen wir die uns vorgelegten Unterlagen wieder bei.</p>	Wird zur Kenntnis genommen.

**Abwägungstabelle zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19 für das Gewerbegebiet „Rother Straße“  
mit integriertem Grünordnungsplan sowie  
zur 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Herrieden  
Behandlung, der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		Wir bitten Sie, Ihre zukünftigen Anfragen an die dafür vorgesehene Mail-Adresse: planauskunft@fernwasser-franken.de  zu senden. Danach werden wir Ihnen schnellst möglich eine Auskunft und Stellungnahme erteilen.  Vielen Dank vorab für das Verständnis und Ihre Unterstützung.	
3	<b>Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b> 16.01.2019	Gegen die vorgestellten Planungen bestehen keine Einwände.  Wir verweisen auf unsere Stellungnahme L2.2-4612-222-2 vom 14.09.2018.	Wird zur Kenntnis genommen.
	Stellungnahme vom 14.09.2018	Gegen die vorgestellten Planungen bestehen keine Einwände.  Die Bewirtschafter der in Anspruch genommenen landwirtschaftlichen Flächen sind rechtzeitig zu informieren, damit diese ihren Mitteilungspflichten z. B. gegenüber Behörden fristgerecht nachkommen können.	Die beanspruchten Flächen sind im Eigentum des Investors. Die Bewirtschafter sind bereits informiert.
4	<b>Regionaler Planungsverband Westmittelfranken</b> 09.01.2019	Aus regionalplanerischer Sicht werden in der oben bezeichneten Angelegenheit weiterhin keine Einwendungen erhoben.	Wird zur Kenntnis genommen.
5	<b>Handwerkskammer für Mittelfranken</b> 09.01.2019	<i>Ziele der Raumordnung und Landesplanung, die eine Anpassungspflicht nach § 1 Abs. 4 BauGB auslösen:</i>  Beachtung der Belange der Wirtschaft gem. § 1 Abs. 6 Nr. 8a BauGB	

**Abwägungstabelle zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19 für das Gewerbegebiet „Rother Straße“  
mit integriertem Grünordnungsplan sowie  
zur 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Herrieden  
Behandlung, der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p><i>Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan betreffen können, mit Angabe des Sachstandes:</i></p> <p>Keine eigenen Planungen und Maßnahmen</p> <p><i>Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall in der Abwägung nicht überwunden werden können:</i></p> <p>Keine Einwendungen</p>	
6	IHK Nürnberg für Mittelfranken 21.01.2019	<p>Nach Prüfung der Unterlagen und Rücksprache mit unserem zuständigen IHK-Gremium dürfen wir Ihnen mitteilen, dass seitens der IHK Nürnberg für Mittelfranken in ihrer Rolle als Vertreterin der gesamtwirtschaftlichen Interessen keine Einwände gegen die o.g. Aufstellung bestehen.</p> <p>Durch die Erweiterung des Gewerbegebietes wird einem ortsansässigen Unternehmen die Möglichkeit zur Erweiterung eingeräumt. Diese Maßnahme sichert Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft vor Ort und dient der wirtschaftlichen Stärkung der Region, was von der IHK begrüßt wird.</p> <p>Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht muss die IHK abwägend und ausgleichend alle Nutzungen im Blick behalten. Gewerbe, Industrie, Infrastruktur und Wohnen benötigen die knapp werdende Fläche für ihre Entwicklung. Dass solche Entwicklungen weiterhin stattfinden können, setzen wir uns für eine zukunftsweisende Boden- und Flächenpolitik ein. Immer dort wo ein effizienter Umgang mit Grund und Boden möglich ist, beispielsweise durch vertikale Ausnutzung der Fläche, sollten diese Potenziale ausge-</p>	

**Abwägungstabelle zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19 für das Gewerbegebiet „Rother Straße“  
mit integriertem Grünordnungsplan sowie  
zur 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Herrieden  
Behandlung, der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		schöpft werden. Gerne stehen wir für weitere fachliche Gespräche in diesem Zusammenhang zur Verfügung und danken für die Beteiligung am Verfahren.	
7	<b>Regierung von Mittelfranken</b> 25.01.2019	<b>Bebauungsplan Nr. 19</b>  Zum Vorentwurf des o. g. Bebauungsplanes hatten wir mit RS vom 01.10.2018 (Az. RMF-SG24-8314.01-31-6-2) keine Einwendungen erhoben. Gegenüber diesem Vorentwurf wurde aus artenschutzfachlichen Gründen insbesondere die Verbindungsstraße von Roth zur Staatsstraße nach Osten und der zuvor parallel geplante Radweg nach Westen verschoben.  Mit den Änderungen besteht Einverständnis. Die Stellungnahme vom 01.10.2018 wird aufrechterhalten.	
	Stellungnahme vom 01.10.2018	<b>Bebauungsplan Nr. 19</b>  In der Stadt Herrieden möchte ein ansässiger Küchenhersteller sein Werksgelände erweitern. Vorgesehen sind neue Produktions-, Lager- und Logistikgebäude sowie ein Parkhaus. Die Stadt Herrieden möchte dafür die baurechtlichen Voraussetzungen schaffen und ändert ihren Flächennutzungsplan (17. Änderung). Im Parallelverfahren wird ein Bebauungsplan Nr. 19. „Rother Straße“ aufgestellt. Dieser hat einen Geltungsbereich von ca. 43,6 ha und schließt Teilflächen des bestehenden Werksstandortes und umfangreiche Grünflächen für den Ausgleich mit ein. Bestandteil der Planung sind auch die Stilllegung der Rother Straße sowie der Ersatzneubau einer Verbindungsstraße von der Staatsstraße 2249 zum Ortsteil Roth, die Verlegung des Fuß- und Radweges von Rauenzell nach Herrieden und die Verlegung von Ameisen-	

**Abwägungstabelle zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19 für das Gewerbegebiet „Rother Straße“  
mit integriertem Grünordnungsplan sowie  
zur 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Herrieden  
Behandlung, der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>graben und Klingengraben, der teilweise verdolt wird.</p> <p>Die einschlägigen Erfordernisse der Raumordnung sind in der Begründung bereits zutreffend aufgeführt. Bedenken aus landesplanerischer Sicht betreffend eine großflächige Überschneidung mit einem festgesetzten Überschwemmungsgebiet der Altmühl (vgl. RS vom 10.07.2018 zum Vorentwurf der Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplanes) sind im vorliegenden Entwurf ausgeräumt, da dort nur Ausgleichsmaßnahmen stattfinden. Ziele der Raumordnung stehen der Planung nicht entgegen. Einwendungen werden daher nicht erhoben.</p>	Wird zur Kenntnis genommen.
	<p><b>Regierung von Mittelfranken</b> 25.01.2019</p>	<p><b>17. Änderung des Flächennutzungsplanes</b></p> <p>In der Stadt Herrieden möchte ein ansässiger Küchenhersteller sein Werksgelände erweitern. Im wirksamen Flächennutzungsplan ist nur ein Teilbereich des Plangebietes bereits als gewerbliche Baufläche dargestellt. In der laufenden Gesamtfortschreibung ist das Gebiet als gewerbliche Baufläche vorgesehen, doch weil der Bebauungsplan umgesetzt werden soll bevor die Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplanes abgeschlossen ist, hat die Stadt Herrieden diesen Änderungsbereich in eine 17. Änderung vorgezogen. Im Parallelverfahren wird ein Bebauungsplan Nr. 19 „Rother Straße“ aufgestellt.</p> <p>Die Änderung betrifft eine Fläche von ca. 30,5 ha. Davon werden ca. 12 ha im Nordwesten als gewerbliche Baufläche dargestellt, der Rest überwiegend als Grünfläche z. T. in der Funktion als Fläche für die Ausgleichsmaßnahmen. Für die geplante Bebauung müssen der Ameisengraben und Klingengraben verlegt bzw. letztere teilweise verdolt werden. Vorgesehen sind auch die Stilllegung der bisherigen Rother Straße und der Bau einer neuen Verbindungsstraße von einem Kreisverkehr an der Staatsstraße 2249 zum Ortsteil Roth sowie die Verlegung eines Rad- und Fußwegs, der bisher entlang des früheren Bahndamms verläuft. Sowohl die neue Verbindungsstraße als auch der Radweg erhielten gegenüber</p>	

**Abwägungstabelle zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19 für das Gewerbegebiet „Rother Straße“  
mit integriertem Grünordnungsplan sowie  
zur 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Herrieden  
Behandlung, der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		<p>dem Vorentwurf eine geänderte Streckenführung.</p> <p>Mit RS vom 01.10.2018 (Az. RMF-SG24-8314.01-31-1-7) hatten wir zum Vorentwurf keine Einwendungen erhoben. Diese Stellungnahme wird aufrechterhalten.</p>	Wird zur Kenntnis genommen
	Stellungnahme vom 01.10.2018	<p><b>17. Änderung des Flächennutzungsplanes</b></p> <p>In der Stadt Herrieden möchte ein ansässiger Küchenhersteller sein Werksgelände erweitern. Im wirksamen Flächennutzungsplan ist nur ein Teilbereich des Plangebietes bereits als gewerbliche Baufläche dargestellt. In der laufenden Gesamtfortschreibung ist das Gebiet als gewerbliche Baufläche vorgesehen, doch weil der Bebauungsplan umgesetzt werden soll bevor die Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplans abgeschlossen ist, hat die Stadt Herrieden diesen Änderungsbereich in eine 17. Änderung vorgezogen. Im Parallelverfahren wird ein Bebauungsplan Nr. 19 „Rother Straße“ aufgestellt.</p> <p>Die Änderung betrifft eine Fläche von ca. 29,6 ha. Davon werden ca. 12 ha im Nordwesten als gewerbliche Baufläche dargestellt, der Rest überwiegend als Grünfläche z. T. in der Funktion als Fläche für Ausgleichsmaßnahmen. Vorgesehen sind auch die Stilllegung der bisherigen Rother Straße und der Bau einer neuen Verbindungsstraße von einem möglichen Kreisverkehr an der Staatsstraße 2249 zum Ortsteil Roth sowie die Verlegung eines Rad- und Fußwegs, der bisher entlang des früheren Bahndamms verläuft. Außerdem müssen für die geplante Bebauung der Ameisengraben und Klingengraben verlegt bzw. letzterer teilweise verdolt werden.</p> <p>Im Zuge des Vorentwurfs zur Gesamtfortschreibung waren jene Flächen, die jetzt als Grünfläche dargestellt werden, ganz überwiegend mit als gewerbliche Baufläche dargestellt. Daher war in unserer Stellungnahme vom</p>	

**Abwägungstabelle zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19 für das Gewerbegebiet „Rother Straße“  
mit integriertem Grünordnungsplan sowie  
zur 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Herrieden  
Behandlung, der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
		10.07.2018 (Az. RMF-SG24-8314.01-31-1-5) darauf hingewiesen worden, dass sich die Baufläche im südlichen Teil großflächig mit dem festgesetzten Überschwemmungsgebiet der Altmühl überschneide und die zuständige Fachstelle beurteilen müsse, ob eine Ausnahme möglich sei. In der vorliegenden Planung ist keine Überschneidung von Bauflächen mit dem Überschwemmungsgebiet gegeben, da dort nur Ausgleichsmaßnahmen stattfinden.  Einwendungen aus landesplanerischer Sicht werden daher nicht erhoben.	Wird zur Kenntnis genommen.
8	Gemeinde Aurach 05.02.2019	unser Gemeinderat hat in der Sitzung am 31.01.2019 die o.g. Bauleitpläne der Stadt Herrieden behandelt und beschlossen, keine Einwendungen dagegen zu erheben.	Wird zur Kenntnis genommen.
<b>Keine Stellungnahme</b>			
1	Amt für Ländliche Entwicklung		
2	Bayerische Bauernverband		
3	Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege		
4	Gesundheitsamt Ansbach		
5	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr		
6	Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung		

**Abwägungstabelle zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19 für das Gewerbegebiet „Rother Straße“  
mit integriertem Grünordnungsplan sowie  
zur 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Herrieden  
Behandlung, der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, eingegangenen Stellungnahmen**

Nr	Behörden und sonstige TÖB	Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange sowie der Nachbargemeinden	Stellungnahme / Abwägung der Gemeinde
7	Stadt Leutershausen		
8	Markt Bechhofen		
9	Gemeinde Burgoberbach		
10	Stadt Ansbach		
11	Gemeinde Wieseth		
12	Stadt Feuchtwangen		
13	Kreisheimatpfleger Herr Reg. Oberamtsrat a. D. Edmund Zöller		

Es sind in der Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplanes keine Einwände eingegangen, die über die Einwendungen bei der 17. Änderung des Flächennutzungsplanes hinausgehen. Somit ist keine zusätzliche Abwägung erforderlich.

Aufgestellt: 13.02.2019

**Ingenieurbüro Willi Heller**